

Krass fehlgeleitete Corona-Politik

Kürzlich sprachen einige Politiker leidenschaftlich über die unzähligen Auswirkungen, die Kinder und Jugendliche aufgrund von Covid-Lockdowns und Schulschliessungen erlitten hatten. Sie skizzierte beispielsweise die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit wie Selbstverletzung und Depression und betonte, dass die Kinder, die in Armut und Benachteiligung leben, am meisten gelitten hätten.

„Es gibt Bedenken hinsichtlich einer möglicherweise verlorenen Generation von Kindern, die in einer sehr kritischen Phase ihrer Entwicklung nicht die Unterstützung erhalten haben, die sie brauchten“

Was diese Tragödie noch grösser macht, ist, dass nichts davon hätte passieren müssen – nicht in Europa oder sonst wo auf dieser Welt.

Mitte bis Ende März 2020 folgten rund 150 Länder auf der ganzen Welt einander wie Lemminge in den Lockdown – ein Merkmal davon waren Schulschliessungen. Kinder wurden angewiesen, zu Hause zu bleiben. Der Unterricht würde online stattfinden. Es gab jedoch ein paar Probleme mit diesem Plan.

Erstens waren Kinder und Jugendliche durch Covid einem minimalen Risiko ausgesetzt.

Das altersstratifizierte Risikoprofil von Covid etablierte sich bereits zum Zeitpunkt des Lockdowns, und Kinder und Jugendliche waren in der niedrigsten Risikokategorie.

Die Weltgesundheitsorganisation hat dies bereits am 15. April 2020 offiziell anerkannt, als sie sagte: „**Kinder sind nicht das Gesicht dieser Pandemie** ... glücklicherweise wurden Kinder weitgehend von den schweren symptomatischen Reaktionen verschont, die bei älteren Menschen häufiger vorkommen.“

Schulen wurden also nicht zum Wohle der Kinder geschlossen, sondern um Eltern, Politiker, Medien und Gewerkschaften zufrieden zu stellen.

Zweitens hätten Lockdowns und Schulschliessungen unweigerlich tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern.

UNICEF hat am 20. März 2020 Folgendes veröffentlicht: COVID-19: Kinder mit erhöhtem Risiko von Missbrauch, Vernachlässigung, Ausbeutung und Gewalt inmitten intensivierender Eindämmungsmassnahmen. Darüber hinaus waren Jahre vor der Pandemie die starken Zusammenhänge zwischen Bildung und Gesundheit und Lebenserwartung gut etabliert. Die Schliessung von Schulen über einen längeren Zeitraum wäre nicht nur schlecht für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder, sondern könnte sogar ihr Leben verkürzen.

Und schliesslich würden die Auswirkungen von Lockdowns und Schulschliessungen nicht gleichermassen getragen. TES (ehemals Bildungsbeilage der Times) veröffentlichte am 20. März 2020 einen Artikel mit dem Titel „Für die Ärmsten sind Schulschliessungen verheerend“. , oder diejenigen aus niedrigeren sozioökonomischen Schichten in weiter entwickelten Ländern, am stärksten betroffen wären.

Trotz dieser Warnungen und des schnell wachsenden Berges von Beweisen dafür, dass alle drei Faktoren genau wie vorhergesagt wirkten, haben Länder auf der ganzen Welt einfach verdoppelt, und viele haben die Schulen für längere Zeit geschlossen.

Um ein Gefühl für das Ausmass zu vermitteln, schätzt UNICEF, dass 1,6 Milliarden Kinder während der Pandemie einen gewissen Bildungsverlust erlitten, während 168 Millionen fast ein Jahr lang nicht zur Schule gingen.

Wenn wir von 200 Schultagen pro Jahr ausgehen, entspricht das allein 33,6 Milliarden Tagen mit stark beeinträchtigtem Lernen und verlorenen Schulerfahrungen.

In Indien zogen sich die Schulschliessungen sogar noch länger hin – teilweise bis zu 2 Jahren.

Eine Studie aus dem Jahr 2021 hob die katastrophale Natur dieser Schliessungen hervor.

Krass fehlgeleitete Corona-Politik

„In ländlichen Gebieten lernen nur 8 Prozent der Stichprobenkinder regelmässig online, 37 Prozent lernen überhaupt nicht.“ Erschreckende Zahlen, ja, aber überraschend? Nein. Diese Art von Auswirkungen wurde vorhergesagt. Schliesslich ist dies ein Land, in dem sich viele Kinder keine Schuhe leisten können, geschweige denn Smartphones, Laptops oder das für den Online-Unterricht benötigte Breitband.

Neben Schulschliessungen wurden Kinder und Jugendliche auch körperlich und seelisch misshandelt.

Auf den Philippinen durften Kinder zwischen 5 und 15 Jahren über ein Jahr lang ihre Häuser nicht verlassen, geschweige denn zur Schule gehen.

Diejenigen, die die Ausgangssperre brachen, wurden grausamer und erniedrigender Behandlung ausgesetzt. Einige wurden zur Strafe in Hundekäfige gesperrt. Anderen wurden die Köpfe gewaltsam rasiert oder sie wurden nackt ausgezogen und gezwungen, nach Hause zu gehen.

Im Vereinigten Königreich machte der damalige Gesundheitsminister Matt Hancock die unter 30-Jährigen für die „zweite Welle“ im September 2020 verantwortlich.

Er machte ihnen Schuldgefühle, als er den Zuhörern von BBC-Radio 1 Newsbeat sagte:

„Töte deine Oma nicht, indem du dich mit dem Coronavirus infizierst und es dann weitergibst.“

In den USA stellten die Centers for Disease Control and Prevention (ja, sie) einen Anstieg fest sowohl physischer als auch emotionaler Missbrauch im ersten Jahr der Pandemie, wobei schutzbedürftige Kinder und Jugendliche unverhältnismässig geschädigt wurden.

Als Kinder und Jugendliche das Glück hatten, wieder zur Schule zu gehen, hörte der Missbrauch leider nicht auf. Die meisten mussten Masken tragen. Kinder wurden in „Blasen“ gesteckt und gezwungen, sich im Unterricht sozial zu distanzieren (einige mit Plexiglas-Barrieren dazwischen).

Sie wurden auch angewiesen, sich von ihren Freunden auf dem Spielplatz sozial zu distanzieren. Viele wurden regelmässigen PCR- oder Lateral-Flow-Tests unterzogen und mussten beim Betreten des Unterrichts QR-Codes scannen.

In einigen Ländern (z. B. USA) mussten Schüler, die öffentliche Schulen und Pflegeeinrichtungen besuchten (und viele sind es noch), vollständig geimpft werden – obwohl sie nur ein minimales Covid-Risiko haben, möglicherweise bereits eine natürliche Immunität haben und die Impfstoffe nicht Übertragung stoppen. Denken Sie daran – dies war eine Gruppe, die am wenigsten von Covid gefährdet war. Der deprimierende Aspekt ist, dass wir diese Tatsache gleich zu Beginn der Pandemie wussten, aber wir haben einfach weiter nachgelegt. So viel zum Befolgen der Wissenschaft!

Es wird Jahre dauern, bis die Auswirkungen der Schliessungen, Protokolle und des Missbrauchs vollständig erforscht und verstanden sind, während die langfristigen Schäden für viele irreparabel sein werden. Beispielsweise sind Millionen von Kindern, insbesondere in den Entwicklungsländern, bereits aus ihren jeweiligen Bildungssystemen verschwunden, was die Lebenschancen stark beeinträchtigt. Möglicherweise sitzen wir auch auf einer Zeitbombe für die geistige und körperliche Gesundheit. Beweise dafür werden bereits haufenweise veröffentlicht. Ich habe persönlich mit zahlreichen Studenten gesprochen, die von den Schliessungen und ihrer Behandlung tief gezeichnet sind.

Vor allem müssen wir das Vertrauen wieder aufbauen. Kinder und Jugendliche hätten darauf vertrauen können, dass die Erwachsenen im Raum sie beschützen und pflegen, wenn die Scheisse in die Luft geht. **Stattdessen opferten wir sofort ihre Gesundheit, ihr Wohlbefinden und ihre Zukunft auf dem Altar der Panik und der performativen Covid-Protokolle.**

Krass fehlgeleitete Corona-Politik

Bourla-von-der-Leyen-SMS-Skandal: Ohne Korruption funktioniert die EU nicht

Rocco Loiacono

Die Leser von Spectator Australia werden sich an das Eingeständnis von Janine Small, Geschäftsführerin von Pfizer, erinnern, dass nie Tests durchgeführt wurden, um zu zeigen, dass die Covid-Impfung eine Übertragung verhinderte, weil „wir uns mit der Geschwindigkeit der Wissenschaft bewegen mussten“.

Dieses Eingeständnis erfolgte in einer Untersuchung des EU-Parlaments zu Covid, die vom niederländischen Mitte-Rechts-Abgeordneten Rob Roos befragt wurde. Das Eingeständnis hat die sinnlose Rechtfertigung für obligatorische Impfrichtlinien, die so viele Menschen unnötigerweise ihren Lebensunterhalt und so viel mehr kosten, weggesprengt.

Janine Small trat bei der Untersuchung anstelle des in letzter Minute zurückgetretenen Pfizer-CEO Albert Bourla auf. Bourla hat sich wiederholt geweigert, vor dem Covid-Sonderausschuss des EU-Parlaments auszusagen.

Langsam, aber sicher entwickelt sich ein Skandal um Bourla und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, bei dem bekannt wurde, dass sie mit Pfizer angeblich den bisher größten Deal der EU ausgehandelt hat – über bis zu 1,8 Milliarden Dosen der Covid-Impfung im Wert von bis zu 35 Milliarden Euro bei vollständiger Ausübung – über eine Reihe von Textnachrichten mit Bourla.

Wie Thomas Fazi erzählt, begann alles, ob Sie es glauben oder nicht, als die New York Times im April 2021 über die SMS-Verhandlungen und den Deal berichtete. Was folgt, lässt die Coate-Untersuchung zum Hotelquarantäneprogramm der Andrews-Regierung streng erscheinen. Die fehlende Offenlegung der zwischen von der Leyen und Bourla ausgetauschten Korrespondenz ist beängstigend.

Nach den Enthüllungen der New York Times schrieb Alexander Fanta, ein Journalist der deutschen Nachrichtenseite netzpolitik.org, an die Kommission und bat um Zugang zu den Textnachrichten und anderen Dokumenten im Zusammenhang mit dem Austausch zwischen von der Leyen und Bourla. Die Kommission behauptete, solche Dokumente existierten nicht.

Ungläubig verwies Fanta die Angelegenheit dann an die EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly, die im Januar 2022 einen Bericht überreichte. O'Reilly gab in ihrem Bericht an, dass von der Leyens Büro nach den Textnachrichten nicht einmal durchsucht worden sei. Um dies zu rechtfertigen, bot O'Reilly eine Variation der Antwort „Es gibt keine Beziehung“ an. Ihr Büro bat um Artikel, die die Kriterien der Kommission für die Aufzeichnung von „Dokumenten“ erfüllten – eine Definition, die keine Textnachrichten umfasst. Wie praktisch! Daher empfahl O'Reilly der Kommission, das Büro von der Leyen zu bitten, erneut nach relevanten Textnachrichten zu suchen. Die Kommission weigerte sich natürlich, dem nachzukommen.

Krass fehlgeleitete Corona-Politik

Die Entschuldigung für diese Weigerung ist im Grunde das „Exekutivprivileg“ und behauptet, dass die Textnachrichten möglicherweise aufgrund ihrer „kurzlebigen, flüchtigen Natur“ gelöscht wurden.

Tatsächlich verteidigte die EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, das Recht der Kommission, die Texte nicht aufzubewahren, da „Text- und Sofortnachrichten im Allgemeinen keine wichtigen Informationen in Bezug auf Strategien, Aktivitäten und Entscheidungen der Kommission, noch sind sie im Besitz des Organs“.

All das ist lächerlich, wenn es nicht so ernst wäre.

Wie Fazi berichtet, verging die Zeit und andere EU-Gremien schalteten sich ein, aber das Mauern ging weiter. Im September letzten Jahres verdichtete sich die Verschwörung, nachdem der Europäische Rechnungshof einen Bericht veröffentlicht hatte, in dem die Kommission beschuldigt wurde, sich geweigert zu haben, Einzelheiten über von der Leyens persönliche Rolle in den Gesprächen offenzulegen. Dies veranlasste die unabhängige Europäische Staatsanwaltschaft, eine Untersuchung der Angelegenheit und des noch laufenden EU-Programms zur Beschaffung von Covid-Impfstoffen im Allgemeinen einzuleiten.

Nun verklagt die New York Times die Europäische Kommission in dieser Angelegenheit.

Allerdings, so Fazi, sei abzuwarten, ob die Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Klage der New York Times dort erfolgreich sein werden, wo alle anderen gescheitert seien, insbesondere angesichts der atemberaubenden Arroganz – ganz zu schweigen von der Missachtung von Demokratie und Rechenschaftspflicht – die Weigerung, die fraglichen Texte oder sogar die Verträge im Zusammenhang mit dem Kauf offenzulegen, trotz mehrfacher Aufforderungen einiger der höchsten EU-Gremien.

Darüber hinaus ist der Skandal ein Symptom für ein viel tieferes und weiter verbreitetes Unwohlsein, das nicht nur das Europäische Parlament, sondern alle EU-Institutionen betrifft.

Ende 2022, kurz vor Beginn der Weltmeisterschaft in Katar, sprach die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die griechische Mitte-Links-Abgeordnete Eva Kaili, in der Debatte über „Menschenrechte im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft“ und erklärte: „Katar ist ein Vorreiter bei Arbeitsrechten“.

Dies geschah angesichts der Behauptungen, dass Tausende von Wanderarbeitern beim Bau des WM-Stadions von Katar ums Leben gekommen seien – was später von Turnierfunktionären zugegeben wurde.

Dann, am 10. Dezember 2022, wurde Kaili als einer von sechs EU-Parlamentariern – allesamt griechische Mitte-Links-Abgeordnete – im Rahmen einer Untersuchung der Brüsseler Staatsanwaltschaft wegen mutmaßlicher Korruption und Geldwäsche in Katar festgenommen.

Was nun als „Qatargate“ bekannt geworden ist